Objekttyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **18 (1938-1939)**

Heft 11

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

18. JAHRGANG -- JULI 1939 -- HEFT 11

Realpolitik

Von Robert Grimm.

Vor drei Jahren vollzog sich in der schweizerischen Sozialdemokratie eine Wandlung, die innerlich längst vorbereitet und äußerlich fällig war. Die Fälligkeit erlitt zwar eine kleine Störung. Der Parteitag 1936 fand noch nicht die ziffernmäßige Entschlossenheit, um zu vollziehen, was im Zug der Entwicklung lag. Erst ein halbes Jahr später folgte der Entscheid in der Militärfrage. Der Schritt von der Theorie des Programms zur Praxis der Politik war nur mit Hemmungen möglich und nur um den Preis eines Personenwechsels in der Leitung der Partei — nicht eines Kurswechsels, wie manche hofften — denkbar. Denn der Kurs selbst war vorgezeichnet und in der praktischen Arbeit vorbereitet. Draußen in den Gemeinden, Bezirken und Kantonen war Selbstverständlichkeit, was im Bund immer noch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Die neue Parteileitung in Zürich hat systematisch weitergeführt, was vorbereitet war. Zunächst in der Frage der Landesverteidigung, die durch die Entwicklung der internationalen Verhältnisse für die Schweiz einen andern Aspekt erhielt als kurze Jahre zuvor. Diese entscheidende innerparteiliche Wandlung führte zu Konsequenzen auch auf andern Gebieten und erschlossen sich der Parteiöffentlichkeit unter dem Schlagwort der Verständigungspolitik.

Alle Schlagworte sind cum grano salis zu nehmen, auch das Schlagwort der Verständigungspolitik. Zu einer Verständigung gehören mindestens zwei. Und wenn der eine nicht will, oder wenn er durch die objektiven Verhältnisse zu einer Verständigung nicht gezwungen wird, gibt es keine Handreichung.

Das hatte die Partei bitter genug erfahren müssen. In einer Reihe von Fragen der praktischen Politik wurde die ehrlich und lauter dargereichte Hand schroff zurückgewiesen. In der Finanzreform, in der Besoldungsangelegenheit des eidgenössischen Personals, in wirtschaftlichen Belangen, in der Außenpolitik ging man über die Begehren und Postulate der Partei hinweg. Die bürgerlichen Parteien glaubten, der Sozialdemokratie das Ducken beibringen zu müssen. In der Phrase für die Verständigung verstanden sie in der Praxis die Verständigungsparole anders, weil nach dem Zusammenbruch der internationalen